

der Waren doch im Laufe der Jahrhunderte lang Nachbarhaft so manche Ehen herüber, hinüber geschlossen, die dem slawischen Stamm viel deutsche Reiser aufgestopft hatten. Ganz abgesehen von den zahlreichen Fällen, wo unter der dreihundertjährigen polnischen Herrschaft Deutsche mehr oder minder zwangsweise polonisiert oder richtiger tschubisiert worden waren.

Und hier knüpfe ich an den zweiten Punkt meines Einleitungssatzes an, mit dem ich die Definition dieses in vielen noch urtümlichen Fischer- und Schäfervolkes zu geben versuchte. Die Kaschuben sind ein Mischlingsstamm. In ihren Adern fließt nicht nur slawisches, sondern auch viel deutsches Blut, jedenfalls mehr als richtiges polnisches, was ja im Hinblick auf die weite räumliche Entfernung von den Wohnsitzen des eigentlichen Polentums nicht weiter verwunderlich ist. Ist ja auch die tschubische Sprache nicht einfach ein polnischer Dialekt, wie es von Warschau gelehrt wird, sondern eine eigene Mundart, die stark vom Polnischen abweicht (landläufig gilt sie als polnisches Platt, ohne dies aber zu sein) und die daher von den großmächtigen und gelehrten Besthern der hochpolnischen Schriftsprache in Polen und Warschau recht von oben herunter behandelt wird. So wenigstens las man es vor Lesche, nämlich zu der Zeit, als ich jung war, und man von der angeblich so engen Blutsbrüderhaft zwischen Kaschuben und Polen noch nicht viel wußte. Ich habe in meinem Drama „Mutter Erde“ diese Verhältnisse und Stimmungen mit in den Hintergrund meiner Handlung hineingetragen. Die Gestalt des braven Heliodor von Laskowski trägt, wie ich glaube alle Merkmale einer gewissen Sorte von pfiffig hiebemännlichen Landjunkern der Kaschuben.

„Mutter Erde“ ist 1897 geschrieben worden. Gerade in diese Zeit begann die entscheidende Wendung sich vorzubereiten, und auch mein Drama gibt bereits Kunde von dem Umschwung, der sich vollziehen sollte. Von Polen aus bewacht man sich mit gut gewählter Härlichkeit um die Gunst des tschubischen Wetzlers, den man so lange über die Wesel angehen, über dessen fragwürdiges Polnisch man geschmunzel und gelächelt hatte. Nicht lange sollte es dauern, bis die Drahtzieher des polnischen Puppenspiels den Kaschuben als eine Art von verzauberten Prinzen entdeckten, der um jeden Preis aus dem Bann der preussischen Knusperherge erlöst werden müsse. Ein Spiel übrigens, das die gleichen Virtuosen heute wieder mit den Kaschuben in Ostpreußen zu spielen versuchen. Freilich nicht mit dem gleichen Erfolg wie damals. Denn die Kaschuben scheinen nicht gerade auf den Köder anbeißen zu wollen, was sich nicht nur aus der Verschiedenheit der Bekanntheit — die Kaschuben sind evangelisch —, sondern auch aus der Verschiedenartigkeit der Zeitlage heute und vor 30 Jahren ganz leicht erklärt. Jedenfalls sind die tschubischen Vögel, in deren Köpfen es sowieso nie sehr licht war, den polnischen Vogelweibern grundsätzlich auf ihre Feindtraten gegangen. Schon vor dem Weltkrieg und erst recht dann während des Krieges, als neben den großpolnischen Vorkräusen die Schamel des Menschheitsbeglückers Wilson das Lied von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und also auch der Kaschuben ertönen ließ. Müßten die Herzen der also Angeredeten da nicht wie Butter in der Sonne schmelzen, und konnte es ausbleiben, daß man in diesem Zustand erheblicher Nahrung dem polnischen Schlachtfisch an die Brust sank, ihn Landsmann und Bruder nannte?

So wurden die Kaschuben Polen und im engeren Sinne polnische Korridorbewohner, denn sie sind es ja, die die Landbrücke von dem polnischen Hinterland zur Ostsee bilden. Aber siehe da! Kaum war der Anschluß vollzogen, so wendete sich das Blättchen abermals. An Stelle der Samtsbüchsen, die soeben noch in der hieueren Tüte des tschubischen Wänselwebers gerührt hatte, zeigten sich plötzlich wieder die angeerbten äußerlich typischen Züge des großpolnischen Schlachtfisches und des galizischen Funktionärs. Man begann Steuern für Warschau einzutreiben, daß es nur so kratzte sein Punkt, in dem alle Menschen fiktiv sind, der Kaschube aber ganz besonders. Man kerkerte die Bauernbüchsen in den Rod zwar nicht des Königs, aber der Republik und griff auf die alte Formel von der besonderen Einnahme der tschubischen Offiziersbüchsen zurück. Und das alles im Zeichen und im Namen des weichen Adlers! Die Kaschuben staunten. Ja, wie war ihnen denn? Da gina es ja zu wie in den Zeiten des schwarzen Adlers! Nein, schlimmer gina es zu! Denn die Steuern waren doppelt so hoch, der Militärdienst drückender als je, und wenn man ein Wörtchen darüber äußerte, da es doch vom Erlaunen zum Mergen nur ein Schritt ist, so zeigte es sich, daß der Schlachtfisch, der da oben in der tschubischen Seibe den Beamten hielte, seine Reittreue noch ebenso elegant zu handhaben wußte, wie zu den Tagen Sobieskis. Kurz und gut, man bekam noch obendrein Liebe, wenn man sich ärgerte und sich unterhand, dies zu sagen. Wieder einmal hat die Dummheit ihren wohlverdienten Lohn empfangen, und der tschubische Loharber, dem alle die schönen Freiwesenommen sind, braucht sich um den Spott des deutscher Nachbarn nicht zu sorgen. Es geht ein herzliches und erquickendes Lachen durch die dortigen Lande.

So ungefähr steht es in diesem Augenblick. Aber es wird schwerlich sein Wenden dabei haben. Denn es ist dem Menschen angeboren, daß er sich kratzt, wenn es ihn juckt. Auch der Kaschube ist schließlich ein Mensch, wenn er auch nicht gerade an der Spitze der Zivilisation marschiert. So haben sie dort oben zwischen der Tschelchei Pebe und der Danziger Buche angefangen, sich bedenklich hinter den Ohren und über den Kopf zu kratzen, wo es infolge der polnischen Erziehungsmethoden ja gerade melobisch in die Ohren, denn man wünscht dort, daß allenthalten in polnischen Gauen, so weit nicht etwa deutsche Untertanen in Frage kommen, eitel Freude und Sonnenchein herrschen möge, nur daß es die polnischen Herren selber nicht kosten. Aber da kratzt leider zwischen Wunsch und Wirklichkeit eine ziemlich breite Kluft, die mit schönen Worten allein mit Beschwichtigungen seitens der Regierung oder mit Beschwörungen durch die Presse nicht zu schließen oder zu überbrücken ist. Es gibt eben Fälle, wo es mit dem Mundspitzer nicht mehr getan ist und wo gepfiffen werden muß. Auf das Mundspitzer haben die Warschauer Herren sich in vorer ausgezeichnet verstanden, aber damit ist den Kaschuben nicht gedient. Sie verlangen reellere Liebesbeweise als rein platonische, und jene wiederum verbietet die polnische Staatsraison. So ist es kein Wunder, daß die Kaschuben ihre Blätter über die polnischen Grenzpfähle hinweg und in die Vergangenheit zurückdenken. Noch ist es ja nicht so weit, daß offen von

einer Wiedervereinigung mit Preußen und Deutschland gesprochen wird. Dagegen ist viel von einem Anschluß an den Freistaat Danzig die Rede, der dadurch natürlich sehr an Lebensfähigkeit gewinnen würde. Gewiß wäre auch diese Lösung nur eine provisorische, der die so nahe liegende und doch leider so ferne endgültige Lösung einmal folgen müßte. Aber es ist doch im Zusammenhang mit der immer dringender werdenden Korridorfrage recht bezeichnend, daß im Rahmen des heutigen polnischen Reiches solche vom polnischen Standpunkt aus höcherrätlichen Bestrebungen überhaupt nicht zu tun werden.

Unzweifelhaft ist das tschubische Problem eine der schwächsten Stellen in der polnischen Machtposition.

Zu den amerikanisch-französischen Schuldenverhandlungen.

Paris, 1. Okt. Nach dem Korrespondenten des „Matin“ in Washington ist die jetzt erfolgte Einigung über die Sicherungsklausel zwischen der amerikanischen und der französischen Delegation auf den Handelssekretär Hoover zurückzuführen. Am Sonntag sei er für den französischen Standpunkt durch einen Franzosen, der nicht der französischen Delegation angehört, gewonnen worden. Am Dienstagabend sei er dann gegenüber seinen Kollegen in der amerikanischen Kommission dafür eingetreten und habe eine Fassung vorgeschlagen, die einstimmig von der französischen Delegation gebilligt worden sei.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß die französische Kommission gegen das zwischen Caillaux und Mellon getroffene Abkommen sei, jedoch nicht dagegen protestiere, weil Caillaux allein bevollmächtigt sei, ein Abkommen zu treffen. Auch die amerikanische Kommission sei in der Beurteilung dieses Abkommens verschiedener Meinung. Die Mitglieder Hoover, Mellon, Hurley und Olney seien dafür, während Smoot, Burton, Crisp und Kellogg dagegen seien. Senator Smoot habe darauf aufmerksam gemacht, daß er die Ratifizierung des gegenwärtigen Abkommens nicht beim Senat beantragen könne und daß er lieber die Verhandlungen abbrechen würde, wenn die französische Kommission nicht ein besseres Angebot mache. Mellon dagegen habe darauf bestanden, daß das letzte französische Angebot dem Präsidenten Coolidge unterbreitet würde.

Lehler Ministerrat in Berlin vor der Abreise nach Locarno.

Berlin, 2. Okt. Gestern nachmittag fand ein letzter Ministerrat vor der Abfahrt der deutschen Delegation nach Locarno statt. Der Ministerrat beschäftigte sich den Blättern zufolge mit den auf der Sicherheitspatkonferenz zu erörternden Fragen und des Weiteren mit den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen, denen wie die Blätter betonen, wegen der Anwesenheit des russischen Außenministers Tschitscherin in Berlin eine besondere Bedeutung beigegeben sei. Die Abhaltung der Ministerratssitzung machte es nötig, die für nachmittag vorgesehene Unterredung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann mit Tschitscherin auf die Abendstunden zu verlegen.

Kein Eingehen auf die Kriegsschuldfrage?

London, 1. Okt. „Daily Telegraph“ und „Daily News“ beschäftigen sich mit den Gesichtspunkten, die in der Schuldfrage zurückzuführen sind. Der diplomatische Berichterstatter des ersten genannten Blattes meint, in Deutschland herrsche allgemein die Ansicht, wenn Deutschland auf gleichem Fuße an einem gegenseitigen Pakt teilnehmen sollte, dürfte es nicht

das Brandmal eines internationalen Verbrechers tragen.

Es könne nicht die Rolle eines „beurteilten Sträflings in einer Gesellschaft von ehrenwerten Leuten“ spielen. „Daily News“ sagt, daß man offenbar glaube, durch Unterzeichnung des Sicherheitspaktes alle verurteilenden Wendungen des Versailler Vertrages anzuerkennen. Demgegenüber betont das Blatt, daß keiner der Alliierten den Wunsch habe, die Kriegsschuldfrage aufzuwerfen und daß keiner glaube, der Pakt habe etwas mit dem Friedensvertrage zu schaffen. Es sei nicht gerade klug, wenn Deutschland seine Ueberzeugung es sei nicht schuld am Kriege, bei allen möglichen Gelegenheiten ausspreche; aber von Frankreich, Belgien und Großbritannien hieße es ein Wunder verlangen, dies in einer internationalen Urkunde zuzugeben. Die jetzige Generation stehe dem Krieg noch zu nahe, als daß sie ein unparteiisches Urteil abgeben könnte. Ein Wortgefecht darüber führen, hieße die erlöschenden Funken der Leidenschaft wieder anzufachen. Wenn dieser Wortstreit nach Locarno gebracht würde, würde es für Pakt und Frieden verhängnisvoll sein.

Ein Berliner Blatt hat heute die Behauptung aufgestellt, daß die Aktion der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage von der deutsch-nationalen Partei ohne Kenntnis der anderen Regierungsparteien erzwungen worden sei. Hierzu erfahren wir, daß an den maßgebenden Kabinettsitzungen die parlamentarischen Reichsminister aller Parteien teilgenommen haben, und daß auch in dieser Frage vollkommene Einmütigkeit im Kabinett bestanden hat.

Die englische Delegation für Locarno.

London, 1. Okt. Die Sonntag nacht in Locarno ein-treffende englische Delegation besteht aus Chamberlain, Sir Cecil Hurst und einigen Beamten des Auswärtigen Amtes.

Die Beamtenvereinigungen zur Ablehnung der Gehaltsforderungen. Wie die Blätter melden, werden die Beamtenvereinigungen heute zu Beratungen zusammentreten, um zu der Ablehnung ihrer Gehaltsforderungen durch den Reichsfinanzminister Stellung zu nehmen.

Eine Konferenz der Innenminister der Länder in Berlin.

Berlin, 2. Okt. Laut „Vossische Zeitung“ sind die Innenminister der Länder heute nach Berlin berufen worden, wo sie u. a. mit dem Reichsministerium des Innern über politische Fragen im Zusammenhang mit der Entwaffnungsnote der Alliierten und über die Fragen des Preisabbaues beraten werden.

Geburtstag des Reichspräsidenten.

Reichspräsident Paul von Hindenburg begeht am 2. Oktober seinen 78. Geburtstag. Der Reichspräsident hat am Mittwoch in aller Stille Berlin verlassen, um sich für einige Tage unauffindbar zu machen. Tatsächlich ist sein Aufenthaltsort amtlich nicht bekannt. Hindenburg will in diesen Tagen der Zurückgezogenheit seinen Geburtstag im engsten Familienkreise begehen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß der Reichspräsident, wenn nicht unvorhergesehene große politische Ereignisse eintreten, vor Ende nächster Woche von seinem Aufenthaltsort auf einem Jagdschloßchen in der Mark nach Berlin zurückkehrt.

Die Frage der Wasserstraßen in Ostpreußen.

Ueber die Aufgaben der Reichswasserstraßenverwaltung in Ostpreußen sprach der Abteilungsdirigent im Reichsverkehrsministerium Ministerialrat Koenigs auf der Tagung des Ostpreussischen Wasserstraßenrats am 30. September in Königsberg. Geheimrat Koenigs führte etwa folgendes aus: Ziel der ostpreussischen Verkehrspolitik müsse es sein, dem ostpreussischen Handel und der ostpreussischen Wirtschaft diejenigen Arbeits- und Lebensbedingungen zu erleichtern, welche ihm nach seiner geschichtlichen und geographischen Lage im gesamten osteuropäischen Verkehr zukommen. Die Probleme, die dabei gelöst werden müßten, gruppieren sich um die Häfen Königsberg und Elbing. Die Aufgabe der Reichswasserstraßenverwaltung war zunächst, die fernwärtigen Zugänge Königsbergs den Anforderungen anzupassen, welche die Seeschifffahrt mit ihren immer größer werdenden Schiffsgesäßen an die Seefahrtsstraßen an den Seehäfen stellen. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, Ausbau, Vertiefung und Befahrung des Königsberg-Pillauer Seekanals zu finanzieren. Provinzialverband, Stadt und Industrie- und Handelskammer haben sich mit mehr als einem Viertel des Gesamtkapitals an diesem Werke beteiligt. Das Reich hat den Kommunalverbänden und der Industrie- und Handelskammer die Vorfahrung des Kapitals dadurch erleichtert, daß es die Einkommen aus den Verfahrungsgebühren einer zur Durchführung des Baues gegründeten Gesellschaft überließ. Aufgabe der Reichswasserstraßenverwaltung war es weiter, die rückwärtigen Verbindungen Königsbergs zu verbessern. Die Arbeiten an dem oberen Pregeal sollen den Eisenbahnnotenspunkt Jasterburg schiffbar mit Königsberg verbinden. Der Ausbau des Krümmen-Wilge ist dazu bestimmt, die Schifffahrt und Fischerei von Memel nach Königsberg zu erleichtern. Alle diese Maßnahmen werden aber nicht aus, wenn nicht gleichzeitig die Anfuhr der Hauptgüter Königsbergs, Holz und Getreide sichergestellt wird. Für die Veranbringung von Holz ist die freie Memelschifffahrt notwendig. Verhandlungen mit Litauen in der Angelegenheit der Holzschifffahrt schweben. Für Getreide wird in den Handelsvertragsverhandlungen mit Ausland erstrebt werden müssen, die früheren tariflichen Gleichsetzungen für russisches Getreide wiederzugewinnen. Elbing, durch die Bedürfnisse der Kriegsmarine zur Mäse gebracht (Werft Schichau), sah sich nach Fortfall der Marine zu einer wirtschaftlichen Umstellung gezwungen. Im Vordergrund steht die Verbesserung seiner Verkehrsverbindungen.

Der Ausbau des Überlandkanals ist zur Zeit als weniger dringlich zurückzustellen. Dagegen müsse versucht werden, die Fahrtrinne im Hafen zu vertiefen. Das Ziel und Streben bei all diesen Maßnahmen gele nicht etwa dahin, den gesamten Handel der ehemals deutschen Nachbarländer Memel und Danzig nach Königsberg und Elbing zu ziehen, man strebe nur dahin, Geminnisse, welche der Entwicklung des ostpreussischen Verkehrs entgegenstünden, zu beseitigen. Werden die Grundzüge über die Freiheit der Schifffahrt, die Freiheit des Durchgangsverkehrs, die Freiheit der Seehäfen und das Prinzip der gleichen Behandlung auf allen Verkehrsgebieten, wie sie auf den großen Konferenzen von Barcelona und Genf unter den Auspizien des Völkerbundes verkündet wurden, auch im deutschen Osten allgemein durchgeföhrt, dann wird der ostpreussische Handel und die ostpreussische Wirtschaft sich schon wieder denjenigen Anteil an dem Verkehr sichern, der ihm zukommt.

Neben diesen aus den natürlichen Bedürfnissen Ostpreußens entspringenden Problemen hat die Reichswasserstraßenverwaltung Aufgaben, welche ihr durch die Grenzführung auf Grund des Versailler Vertrages gestellt wurden.

Der Zugang Ostpreußens zur Weichsel war durch Entscheldung der Postkonferenz, wenn auch nicht befreibigend, geregelt. Der Durchgangsverkehr durch polnische Gebiet ist zwar auch über die Wasserstraßen durch Staatsverträge gesichert, kommt aber nicht in Gang, solange die Schiffe nicht die Sicherheit haben, auch innerhalb des polnischen Gebietes die Ladung Wägen oder ergänzen zu dürfen. Für diesen Personenverkehr von Schwomünde nach Pillau war bisher durch Verträge mit einer Estliner Reederei Vorfrage getroffen. Reich und Preußen haben sich im vergangenen Jahr entschlossen, eigene Schiffe zu bauen, und werden vom nächsten Jahre ab den Seebienst mit Ostpreußen mit Schiffen ausführen lassen, die eigens zu diesem Zwecke ausgerüstet sind und den Ostpreußen-Reisenden alle Annehmlichkeiten bieten, welche nach Lage der Sache überhaupt möglich sind.

Reine Unruhen in Brasilien?

London, 1. Oktober. Entgegen den Meldungen von einem Einfall revolutionärer Banden in den Staat Rio Grande do Sul wurde von der hiesigen brasilianischen Botschaft erklärt, daß ihr eine Bestätigung dieser Nachricht bisher nicht ausgegangen sei.

Argentinien rüstet zur See. Der Senat von Argentinien hat 200 Millionen Pesos für den Ankauf von neuen Kreuzern, Unterbooten und Vercochtern bewilligt. Der Ankauf wird an englische Firmen vergeben werden.

Austritt der chilenischen Regierung.

Davaz berichtet aus Santiago de Chile, daß alle Minister mit Ausnahme des Kriegsministers Ibanes zurückgetreten sind.